

Nur zur dienstlichen Verwendung

PRESSEKONFERENZ

am Donnerstag, dem 19.05.2005, 12.15 Uhr, Nancy

Thema: Weimarer Dreieck-Gipfel

Sprecher: BK Gerhard Schröder, P Jacques Chirac, P Aleksander Kwasniewski

(Hinweis: Die Ausschrift des fremdsprachlichen Teils erfolgte anhand der Simultanübersetzung.)

P CHIRAC: Meine Damen und Herren, ich heiÙe alle Journalisten willkommen, die unserer Einladung hierher gefolgt sind, insbesondere jene aus Polen und aus Deutschland, aber auch die franzÙsischen Kollegen. Ich freue mich, Ihnen berichten zu dÙrfen und eventuell auch auf Ihre Fragen zu antworten.

Zunächst möchte ich sagen, dass ich mich sehr freue, heute hier in Nancy anlässlich unseres Sechsten Weimarer Dreiecks Präsident Kwasniewski, den polnischen Staatspräsidenten, und den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Gerhard Schröder, begrüßen zu können.

Der Stadt Nancy, seinen Einwohnern, dem Bürgermeister möchte ich für den herzlichen Empfang, den sie uns bereitet haben, danken und allen Einwohnern von Nancy möchte ich einen herzlichen Glückwunsch für den wunderschönen Platz aussprechen, der anlässlich seines 250. Geburtstages vollkommen renoviert worden ist. Nancy gibt der Welt durch diesen Platz wirklich ein sehr schönes Bild über die Kunst und die Geschichte Frankreichs.

Dieses Dreiertreffen findet zu einem besonders wichtigen Zeitpunkt statt, denn wir drei gehören zu den 25 Staaten, die im Augenblick den Ratifizierungsprozess des Verfassungsvertrages durchlaufen. Deutschland hat diesen Schritt fast vollzogen, nachdem im Bundestag abgestimmt worden ist und am 27. Mai die Abstimmung im Bundesrat erfolgen wird. Das französische Volk wird am 29. Mai abstimmen, und Polen wird höchstwahrscheinlich im Herbst per Referendum über den Verfassungsvertrag abstimmen.

In den letzten 50 Jahren hat sich Europa beträchtlich weiterentwickelt. Europa hat zunächst sein Wichtigstes eingebracht, nämlich Frieden, Demokratie, Freiheit, ein gewisses Sozialmodell und die wirtschaftliche Entwicklung, und dies zunächst in den sechs Gründerstaaten. Schrittweise hat sich dieses Europa erweitert, wie es ja auch notwendig und für alle von großem Nutzen war.

Wir haben es jetzt mit einem Europa zu tun, das entschlossen ist, Frieden, Demokratie und Freiheit endgültig auf unserem gesamten Kontinent zu installieren. Auch ist dieses Europa entschlossen, ein Wirtschafts- und ein Sozialmodell zu entwickeln, das insbesondere seinen Ausdruck durch die deutsche und französische Haltung in diesem Bereich findet. Dieses Europa ist auch dabei, sein Gewicht in der Welt zu stärken.

Das ist mit diesem Verfassungsvertrag beabsichtigt, der jetzt in 25 Ländern der Ratifizierung unterliegt. Aus diesem Grunde sind wir alle drei entschlossen und überzeugt in den „Wahlkampf“ eingetreten, was diese Vertragsratifizierung anbelangt.

Bei unseren Gesprächen heute Morgen haben wir noch einmal die Bedeutung von regelmäßigen Treffen des Weimarer Dreiecks unterstrichen, um uns gemeinsam über die trilateralen Probleme zu unterhalten, aber auch über Probleme allgemeiner Art zu sprechen, die in Europa anstehen, die die europäische Integration betreffen, vielleicht auch um über Probleme internationaler Art und über internationale Solidarität zu sprechen.

Was Europafragen anbelangt, haben wir insbesondere über die finanzielle Vorausschau gesprochen. Natürlich möchten wir, dass diese finanzielle Vorausschau so schnell wie möglich ausgehandelt und zu Ende gebracht wird, wohlwissend, dass dies eine schwierige Arbeit ist.

Wir haben es ohne Schwierigkeit geschafft, uns auf einige Grundsätze zu einigen.

Erstens zur Haushaltsdisziplin, die wir uns auferlegen. Diese ist im Interesse aller absolut notwendig, so wie dies ja auch durch ein Schreiben bekräftigt worden ist, das sechs der europäischen Länder unterzeichnet haben, und zwar auf die Initiative des Herrn Bundeskanzlers und auf meine Initiative hin.

Zweitens zur Forderung, den neuen Mitgliedstaaten gegenüber solidarisch zu sein. Selbstverständlich muss sich diese Solidarität, die wir und die Länder, die zuvor beigetreten sind, auch erfahren haben, unter den gleichen Bedingungen gegenüber den neuen Mitgliedstaaten vollziehen.

Drittens haben wir auch daran erinnert, dass wir dazu auffordern, dass das, was im Jahre 2002 bezüglich der gemeinsamen Agrarpolitik vereinbart wurde, auch eingehalten wird.

Und schließlich und endlich haben wir beschlossen, dass, um diese Forderungen zu vollziehen, eine gerechtere Finanzierung des europäischen Haushalts vorgesehen werden muss. Eine gerechtere Finanzierung – dies ist unbestreitbar – erfordert, dass noch einmal über das Problem des britischen Rabatts gesprochen wird.

Wir haben auch über die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union gesprochen und haben die wichtige Bedeutung unterstrichen, die diese Beziehungen für das Gleichgewicht in unserer Region und noch mehr für das Gleichgewicht in der Welt haben. Wir freuen uns über die Abkommen, die anlässlich des EU-Russland-Gipfels vor einigen Tagen abgeschlossen worden sind und die es ermöglicht haben, die vier Roadmaps zu unterzeichnen, die beim Gipfel in St. Petersburg vereinbart worden sind.

Wir sind uns voll und ganz der Tatsache bewusst, dass Russland Schwierigkeiten hat und diese im Augenblick zu überwinden versucht, und dass deshalb die Notwendigkeit besteht, eine enge und solide Zusammenarbeit mit diesem großen Land zu pflegen.

Wir haben auch die Ukraine angesprochen und die Notwendigkeit, die darin besteht, den Aktionsplan umzusetzen, der in den Grundsätzen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine festgelegt worden ist.

Wir haben über den Nahen Osten gesprochen und auch von dem wichtigen Termin des Rückzugs aus dem Gazastreifen, der es Europa ermöglicht, vor Ort präsenter zu sein und aktiver und noch stärker an dem Friedens- und Stabilitätsprozess mitzuarbeiten, der in unseren Augen einer neuen Überlegung bedarf.

Wir haben uns natürlich sehr über die Entwicklung im Libanon gefreut. Der Libanon hat seine Unabhängigkeit in einem demokratischen System wiedergefunden.

Auch haben wir die Probleme des Irak angesprochen und das Treffen, das im nächsten Monat anberaumt ist und das die Unterstützung betrifft, die die internationale Gemeinschaft diesem Land gewähren muss, trotz der Riesenschwierigkeiten, mit denen es der Irak im Augenblick zu tun hat.

Wir haben ebenfalls die Vorbereitung des nächsten Treffens der Vereinten Nationen im September dieses Jahres angesprochen und haben alle noch einmal an das erinnert, was uns im Hinblick auf die Umsetzung des Kyoto-Protokolls besorgt und was wir auch in Gleneagles beim G-8-Treffen ansprechen werden. Wir haben aber auch die Entwicklungshilfe und die neue Finanzierung angesprochen, die vorgesehen werden muss, wenn wir zu unserer Verantwortung stehen wollen, die wir haben, wenn es darum geht, Reichtum und Entwicklungsfähigkeit in der Welt gerecht zu verteilen, und zwar zum Nutzen der ärmsten Länder.

Dies sind die Themen, die wir heute angesprochen haben. Wir werden internationale Fragen gleich beim Arbeitsessen besprechen.

Jetzt möchte ich Präsident Kwasniewski das Wort erteilen.

P KWASNIEWSKI: Danke sehr. – Vor allem möchte ich Herrn Präsidenten Chirac für die Einladung, für die Gastfreundschaft danken. Ich möchte meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir uns zum wiederholten Male in Nancy treffen, einer Stadt, die Polen wegen des polnischen Königs Stanislaus Leszczyński sehr nahe steht. Ich freue mich sehr, dass die Stadt in den letzten Jahren noch schöner geworden ist. Es ist eine herrliche, eine wunderbare Stadt. Ich freue mich auch, dass polnische Restaurateure einen bescheidenen Beitrag dazu leisten konnten, dieses Werk zu vollenden.

Ich möchte die Themen, die Präsident Chirac erwähnt hat, nicht wiederholen. Ich möchte nur noch hinzufügen, dass dieses Gipfeltreffen im Rahmen des Weimarer Dreiecks insofern wichtig ist, als wir zum ersten Mal als ein Land teilnehmen, das bereits Mitglied der Europäischen Union ist. Das heißt, dies ist eine Gelegenheit für uns, unseren Partnern, Frankreich und der Bundesrepublik, für die Unterstützung zu

danken, für die Unterstützung der Idee der europäischen Erweiterung wie auch für die Unterstützung bei allen detaillierten Probleme und Fragen, die zum Mai 2001 und damit dazu geführt haben, dass Polen in die europäische Familie, in die europäischen Strukturen zurückkehren kann, dass wir gemeinsam diskutieren können, sowohl über die Gegenwart als auch über die Zukunft unseres Kontinents.

Das erste Jahr der polnischen Mitgliedschaft ist eine Erfolgsgeschichte. Ich sage Ihnen dieses mit großer Genugtuung. Keine der Warnungen, die wir von den Gegnern bzw. Skeptikern der Europäischen Union im Hinblick auf die Situation in Polen zu hören bekommen haben, hat sich bewahrheitet.

Unsere Wirtschaft entwickelt sich, es entwickelt sich auch der Export in die Europäische Union. Die Einfuhren aus der Union der 15 nach Polen sind von 25 % auf über 30 % gestiegen. Die Investitionstätigkeit ausländischer Firmen in unserem Land ist ebenfalls gestiegen. Es hat sich gezeigt, dass es keine übermäßige Überschwemmung von polnischen Arbeitnehmern gibt, was befürchtet wurde. Es ist lediglich ein Anstieg um 18 % und damit 100.000 Menschen, auf die Europäische Union insgesamt gesehen, zu verzeichnen.

Ich weiß, dass dieses Argument in Frankreich oft missbraucht wird. Aber ich möchte sagen, das ist eine große Übertreibung. Es ist nicht so, dass billige Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsländern Europa überschwemmen. Auch wir empfinden es nicht so, dass Arbeitskräfte, vor allem Spezialisten, unser Land verlassen, um in den Nachbarländern zu arbeiten, was wiederum eine schwierige Situation für unsere Wirtschaftspolitik darstellen würde.

Polen und die administrativen Strukturen, sowohl die staatlichen als auch die Selbstverwaltung, waren vorbereitet, waren in der Lage, die Mittel aus der Europäischen Union zu bewirtschaften, sowohl die Mittel, die für die polnische Landwirtschaft nötig sind, als auch die finanzielle Unterstützung, die die Regionen, beispielsweise für den Aufbau der Infrastruktur, brauchen.

Ich könnte noch mehrere Beispiele anführen, aber ich möchte nur noch kurz sagen: Das erste Jahr Polens in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Europäische Union sagen kann, dass das Konzept der Erweiterung positiv war, dass es im Rahmen des großen Marktes, der fast 450 Millionen Menschen umfasst, wesentlich ist und wichtige Entwicklungsperspektiven für ganz Europa bietet.

Vor diesem Hintergrund möchte ich sagen, dass die Annahme der Europäischen Verfassung eine grundlegende Frage darstellt. Als Präsident der Republik Polen bin ich davon überzeugt und sage im Namen der Mehrheit der Polen, dass – dies zeigen die Meinungsumfragen – die Mehrheit der Polen dafür ist, die Europäische Verfassung anzunehmen. Diese wird auch gebraucht. In der gegenwärtigen Etappe einer Europäischen Union von 25 und demnächst noch mehr Mitgliedern wird diese Verfassung benötigt, sowohl für die innere Organisationsstruktur als auch für das Handeln nach außen. Das heißt, dass auch die Position des Bürgers im Gemeinschaftskontext gestärkt wird.

Ich bin überzeugt davon, dass diese Verfassung den wesentlichen Rahmen für Europa am Anfang des 21. Jahrhunderts darstellt. Sie spiegelt sowohl die Erfahrungen

der Vergangenheit wider als auch eine sehr weise und offene Haltung gegenüber den neuen Herausforderungen, vor denen wir in Europa stehen und mit denen wir noch konfrontiert werden.

Deshalb glaube ich fest daran, dass die Verfassung in Frankreich ratifiziert werden wird. In Polen beobachten wir diese Debatte sehr aufmerksam. Für uns ist dies auch eine wichtige Diskussion, weil ein Teil der Argumente hier den Argumenten, die bei uns zur Sprache kommen, sehr ähnlich ist.

Ich möchte jedenfalls mir, aber auch Frankreich und uns allen wünschen, dass die europäische Verfassung hier in Frankreich am 29. Mai angenommen wird. Das wird ein wichtiges Signal auch für das polnische Referendum sein, von dem ich hoffe, dass es im Herbst dieses Jahres stattfinden wird.

Ich möchte auch sagen, dass Polen so bald wie möglich an der Annahme der so genannten finanziellen Vorausschau interessiert ist. Wir haben heute viele Argumente zu diesem Thema ausgetauscht. Für Polen ist ein wesentliches Argument, außer dem Grundsatz der Haushaltsdisziplin natürlich, auch der Grundsatz der Solidarität. Wir sind davon überzeugt, dass für die neuen Mitgliedstaaten das Prinzip der Solidarität fundamentale Bedeutung hat. Es ist eine Garantie für uns, dass der Entwicklungsabstand, auch der zivilisatorische Abstand, der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nachgeholt wird. Wir hoffen, dass aus diesen Diskussionen ein solcher Entwurf einer finanziellen Vorausschau hervorgehen wird, der den unterentwickelten Regionen entsprechende Unterstützung gewährleisten wird.

Die übrigen Fragen, die internationalen Fragen vor allem, hat bereits Präsident Chirac hier angesprochen. Ich möchte nur hinzufügen: Polen ist sehr daran interessiert, dass eine aktive osteuropäische Politik der EU entwickelt wird, dass Kontakte mit der Russischen Föderation, der Ukraine und Moldau entwickelt werden und auch eine gemeinsame Politik gegenüber Weißrussland an den Tag gelegt wird. Ich freue mich sehr, dass im Hinblick auf die Ukraine ein Aktionsplan angenommen wurde, der gegenwärtig von beiden Seiten umgesetzt wird.

Ich möchte auch noch hinzufügen: Mit großer Genugtuung nimmt Polen zur Kenntnis, dass am 10. Mai in Moskau vier Roadmaps zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation angenommen wurden.

Ich habe meine Beunruhigung darüber zum Ausdruck gebracht, was in Weißrussland geschieht. Ich hoffe, dass die Europäische Union ihre Autorität nutzt, um auf diese Ereignisse mäßigend einzuwirken - das betrifft auch die Probleme, die gegenwärtig den nationalen Minderheiten gemacht werden; das bekommt u. a. auch die polnische Minderheit in Weißrussland zu spüren -, damit in diesem Land demokratische Regeln zur Anwendung kommen.

Ich hoffe, dass die Europäische Union im Rahmen ihrer Politik mehr Entschlossenheit zeigen wird, wenn es um die Lösung des Problems Transnistrien geht. Ich freue mich, dass ein aktiver Dialog angebahnt wurde. Ich hoffe, dass dieser verstärkte Dialog - gestützt von der Europäischen Union - dazu führen kann, dass dieser Konflikt, der schon eine 13-jährige Geschichte hat, beseitigt wird.

Mit Scham muss man das zur Kenntnis nehmen, dass wir in Europa so lange eine Teilung eines Landes akzeptieren, einen Zustand, der wie ein schwarzes Loch in Europa abschreckt. Dort finden Schmuggel, illegaler Waffenhandel und Korruption statt. Ich denke, wir müssen mehr Entschlossenheit zeigen, um dieses Problem zu lösen.

Die anderen Themen, die wir besprochen haben, hat Präsident Chirac bereits erwähnt. Ich freue mich, dass dieser 6. deutsch-polnisch-französische Gipfel hier stattfindet. Diese Institution ist aus polnischer Sicht sehr wichtig. Sie hat eine wesentliche Rolle für uns auf dem Weg in die Europäische Union und vorher in die NATO gespielt.

Ich bringe meine Hoffnung zum Ausdruck, dass diese Initiative fortgesetzt wird und es weitere Treffen geben wird. Es werden daran andere teilnehmen. Aber ich von meiner Seite möchte meine Genugtuung zum Ausdruck bringen, dass ich immer mit Freude dabei war. Diesen letzten Treffpunkt Nancy werde ich in besonderer Erinnerung behalten - eine Stadt, die so eng auch mit Polen verbunden ist. Vielen Dank.

BK SCHRÖDER: Ein paar kurze ergänzende Bemerkungen: Einen Satz zum Platz muss ich auch sagen. Er ist wirklich wunderschön. Er ist einer der schönsten der Welt. Weil das so ist, bin ich ganz sicher, dass Sie die Schönheit dieses Platzes im Anschluss an unsere Pressekonferenz draußen bei einer Tasse Kaffee genießen werden, was uns leider nicht vergönnt ist. Aber ich kann verstehen, dass Sie das machen werden.

Wir haben in der Tat die Gespräche in einem sehr europäischen Geist geführt. Das war möglich, weil wir nicht nur formal Europäer sind, sondern weil uns auch inhaltlich eine ganze Menge verbindet. Uns verbindet z. B. inhaltlich eine Vorstellung von einem europäischen Gesellschaftsmodell, das im Unterschied zu anderen Weltregionen auf wirtschaftliche Effizienz gegründet ist, die wir einerseits brauchen und entwickeln müssen, sowie sozialer Sensibilität, die wir andererseits genauso brauchen.

Um dieses Gesellschaftsmodell weiter zu entwickeln, brauchen wir ein starkes, ein integriertes Europa. Wir brauchen alle, die auch vom Herzen dabei sind. Gerade im Zeitalter der Globalisierung muss man verstehen, dass Europa, wenn es mit einer Stimme in diesen und in anderen Fragen spricht, auch in den internationalen Fragen stärker ist, als wenn das jeder von uns für sich alleine und für sein Land alleine tut. Das ist der Zusammenhang, den es immer wieder klar zu machen gilt.

Wenn wir den kulturellen und ökonomischen Beitrag, aber eben auch den Beitrag bezüglich der sozialen Gestaltung, den Europa in der Welt leisten kann, wirklich leisten, aufrechterhalten und entwickeln wollen, dann geht das nur, wenn das ein einheitliches, ein starkes Europa ist und wenn es eines ist, das inhaltlich zusammenhält.

Die Verfassung, um die es uns natürlich heute gegangen ist, bietet den geeigneten Rahmen. Sie ist die Basis dafür, ein solches Europa ökonomisch effizient und sozial sensibel zu entwickeln, weiter zu entwickeln und seine Stimme weltweit zu Gehör zu bringen. Weil das so ist, kämpfe ich in meinem Land sehr für die Annahme dieser Verfassung. Nach allem, was wir erfahren durften, war das kein Problem. Mit überwältigender Mehrheit haben wir das im Deutschen Bundestag so beschlossen. Die

zweite Kammer bzw. die im Bundesrat vertretenen Kräfte haben erklärt, dass sie ähnlich beschließen werden.

Wenn wir dieses Europa entwickeln wollen, dann brauchen wir alle. Wir brauchen aber vor allen Dingen Frankreich. Das ist keine Zurücksetzung irgendeines anderen Landes, wenn ich das sage. Man muss verstehen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die europäischen Ideen, das, was Europa ausgemacht hat und weiter ausmacht, hier in Frankreich entwickelt worden sind. Das kann das Land stolz machen. Das soll es auch. Aber damit ist eine riesige Verantwortung verbunden, nämlich die Verantwortung, uns andere Europäer in punkto Verfassung nicht alleine zu lassen. Das ist die Bitte, die wir haben - natürlich in vollem Respekt vor der Souveränität des Volkes, das abstimmen wird. Das ist die Bitte, die wir haben, und zwar gespeist aus den Erfahrungen von Jahrzehnten, was die Rolle Frankreichs angeht, häufig auch in Zusammenarbeit mit Deutschland und auch anderen.

Es ist, wie gesagt, nie Ausgrenzung, wenn wir die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit betonen, sondern es ist das Wissen darum, dass wir in den wichtigsten Phasen der europäischen Entwicklung immer darauf angewiesen waren, besonders eng zusammenzuarbeiten. Unser Eindruck ist, dass dies wieder eine solche Phase ist. Wir sind glücklich darüber, dass Polen dazu gekommen ist und genauso empfindet, was die Inhalte und was die Bedeutung des Verfassungsprozesses angeht.

Das ist das, was ich gerne hinzufügen möchte. Im Übrigen kann ich nur bestätigen, was Präsident Chirac zu der Frage gesagt hat, wie sich Europa verhalten soll, wie es mit Russland zusammenarbeiten soll. Ich war persönlich sehr von den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges sehr berührt. Es gab in ganz Europa mehr als 50 Millionen Tote in einem von Deutschland entfesselten Krieg. Die Hälfte davon gab es in der damaligen Sowjetunion.

Es gibt jetzt ein Russland, das bereit ist, eng zusammenzuarbeiten, um auf diese Weise einen Kontinent zu schaffen, auf dem Frieden und Wohlergehen seiner Menschen dauerhaft gesichert werden können. Niemand, schon gar nicht diejenigen, die Mitglied der NATO und der Europäischen Union sind, muss daran auch nur denken, dass sich kontroverse und schlimme Geschichte wiederholen könnte. Das ist doch der unglaubliche historische Fortschritt, dass wir, weil wir jetzt so viele in der Europäischen Union sind, weil das Baltikum, Polen, Tschechien dazu gehören, ganz andere Möglichkeiten haben, angstfrei für alle mit dem großen wichtigen Nachbarn umzugehen. Weil das so ist, denke ich, sollte man diese historische Chance, die darin liegt, auch wirklich nutzen, ohne sich sozusagen auf historische Ängste zu beziehen, die durch die Mitgliedschaft dieser Staaten in der EU und in der NATO nach meinem Dafürhalten jedenfalls historisch überholt sind. Dass der Herr Präsident Chirac ausdrücklich darauf hingewiesen hat, halte ich für enorm wichtig.

Das war das, was ich hinzufügen wollte, meine Damen und Herren. - Vielen Dank!

FRAGE: Guten Tag. Ich wollte Bundeskanzler Schröder, Präsident Chirac und auch Präsident Kwasniewski fragen, ob es Einvernehmen darüber gibt, dass während des nächsten Gipfels der Haushalt angenommen wird, und ob die polnische Seite die Forderung Frankreichs und Deutschlands angenommen hat, dass dieser ein Prozent des Bruttonationaleinkommens ausmacht?

P KWASNIEWSKI: Aus unseren heutigen Gesprächen geht hervor, dass dieses Thema weiterhin offen ist. Es gibt einen deutschen Standpunkt, der bekannt ist, nämlich dass die finanziellen Möglichkeiten - der Beitrag für die Europäische Union - so sind, wie sie sind.

Wir haben auch unseren Standpunkt dargelegt. Wir hoffen, dass es gelingt, eine solche Lösung zu finden, die einerseits die Haushaltsdisziplin wahrt, andererseits aber auch den Grundsatz der Solidarität beachtet, und dass wir zumindest auf dem Niveau Spaniens Hilfen bekommen, weil die Länder im Hinblick auf ihre Größe vergleichbar sind. Diese Diskussion wird aber weiterhin stattfinden.

Zum Zweiten: Ich bin davon überzeugt, dass es besser wäre, wenn man schnell eine Lösung finden könnte und es nicht hinauszögert. Aber ich denke, dass auch in dieser Frage die Meinungen unterschiedlich sein können. Heute jedenfalls haben wir hier keine abschließenden Regelungen oder Vereinbarungen festgelegt.

BK SCHRÖDER: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen einmal deutlich zu machen, was eigentlich hinter diesen Budgetverhandlungen steckt.

Deutschland zahlt gegenwärtig brutto jedes Jahr 22 Milliarden Euro in den europäischen Haushalt. Natürlich gibt es Rückflüsse; das Netto (ist) deutlich weniger.

Wenn das Ein-Prozent-Ziel realisiert wird, dann wird Deutschland im Jahre 2013 jährlich 32 Milliarden Euro brutto in den europäischen Haushalt zahlen. Würde die Zahl der Kommission, also 1,24 oder 1,20 - was auch immer -, realisiert, dann müsste Deutschland ab 2013 jährlich 42 Milliarden Euro in den öffentlichen Haushalt zahlen.

Hätte ich dieses Geld, dann würde ich es im Interesse Europas ausgeben. Aber ich habe es nicht, und kein denkbarer - es ist ja noch weithin, ehe das überhaupt gedacht werden kann und darf - Nachfolger hätte dieses Geld. Keiner hat es. Deswegen müssen wir darauf bestehen, dass es bei dem Ein-Prozent-Ziel bleibt.

Ich stimme mit dem polnischen Präsidenten völlig überein, dass es Solidarität geben muss, insbesondere mit den Schwächsten, mit denen, die die größten Entwicklungsrückstände haben. Das sind die neu Hinzugekommenen. Also muss die Solidarität auch von denen geübt werden, die bisher von der Solidarität profitiert haben, die sie erfahren haben. Das ist die Lösung. Einfach draufsatteln, um alle Wünsche befriedigen zu können, das kann keiner in Europa leisten.

Ich bitte noch einmal zu verstehen, dass das nicht Ausdruck bösen Willens ist, sondern einer auch in Deutschland und für Deutschland begrenzten Leistungsfähigkeit. Es ist also nicht Unwilligkeit; Fähigkeit, um die geht es.

Deswegen hoffe ich, dass wir im Juni zurecht kommen, wenn wir die Ziele, die ich genannt habe, realisieren, dass wir also bei den 1 % bleiben. Dann können wir sehr schnell abschließen, und das Übrige wird sich finden. Wenn nicht, dann sehe ich Schwierigkeiten.

P CHIRAC: Kurz dazu: Ich stimme dem voll und ganz zu, was der Herr Bundeskanzler gerade ausgeführt hat. Erstens brauchen wir absolute Haushaltsdisziplin. Es kann im Interesse von niemandem sein, den deutschen Beitrag noch mehr ansteigen zu sehen, und zwar in Proportionen, die dahin führen, dass die Europapolitik in Deutschland von den eigenen Landsleuten abgelehnt wird. Das wäre schlecht. Deshalb gilt es, Haushaltsdisziplin zu wahren.

Zweitens. Die Solidarität in der EU hat immer gegolten, und sie gilt auch heute gegenüber den neuen Mitgliedern.

Drittens möchte ich hinzufügen - gestatten Sie mir, dass ich das tue -, dass wir natürlich damit einverstanden sind, das Abkommen von 2002, das wir über die gemeinsame Agrarpolitik geschlossen haben, einzuhalten. Für Frankreich ist dies eine „*conditio sine qua non*“. Ich danke Deutschland für seine Solidarität in diesem Bereich.

Viertens, was die Fähigkeit bedingt, all diese Zwänge einzuhalten: Es gilt, irgendwo einen Spielraum zu finden. Dieser Spielraum kann nur gefunden werden, indem wir die Modalitäten der Umsetzung des britischen Rabatts überprüfen. Aus diesem Grunde kann jetzt niemand sagen, ob wir es am Ende dieses Halbjahres, also unter luxemburgischer Präsidentschaft, schaffen werden, uns zu einigen oder ob wir noch etwas mehr Zeit brauchen.

FRAGE: Herr Präsident, Sie sind bei weitem der Politiker, der die größte Popularität in Deutschland genießt. Was würden Sie den Deutschen sagen, wenn am 29. Mai die Mehrheit der Franzosen Nein sagt? Bedeutet dies das Ende einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit?

P CHIRAC: Die deutsch-französische Solidarität ist in Wirklichkeit die Basis für die europäische Integration. Auf dieser Solidarität beruht die europäische Integration. Im Laufe der Jahre ist diese Solidarität immer größer und stärker geworden, so weit gehend, dass zwischen uns eine echte Freundschaft entstanden ist. Dies kann man leicht bei den jungen Leuten feststellen, die natürlich nicht von der Geschichte geprägt sind.

Diese Freundschaft und diese Solidarität sind wichtig, lebenswichtig für die Zukunft Europas. Natürlich werden sich die Dinge nicht ändern. Freundschaft ist Freundschaft. Wenn ein politisches Unglück passieren würde, dann bin ich sicher, dass diese Freundschaft weiter bestehen würde. Aber die Konsequenzen wären vielleicht unterschiedlich.

Und eins ist auch sicher: Die deutsch-französische Solidarität, die der Motor und die Grundlage für das Europa von morgen ist, würde, ob man will oder nicht, beeinträchtigt. Dies ist eine echte Gefahr für das Europa von morgen.

Ich möchte einfach nicht glauben, dass die Franzosen die Verantwortung dafür übernehmen wollen, eine der großen Errungenschaften auf dieser Welt, was Frieden und Demokratie anbelangt, nämlich die deutsch-französische Freundschaft, aus Gründen in Frage zu stellen, die nicht voll und ganz gerechtfertigt sind.

FRAGE: Herr Präsident und Herr Bundeskanzler, Sie haben lange die Notwendigkeit unterstrichen, weiterhin ein europäisches Sozialmodell zu entwickeln. Herr Sarkozy

hat letzte Woche gesagt, dass im Gegenteil dieses Sozialmodell in Frage gestellt werden muss, das ja nur Arbeitslosigkeit in unseren beiden Ländern zur Folge hat. Was halten Sie davon?

P CHIRAC: Gestatten Sie mir, dass ich als Erster antworte. Eine Gesellschaft zu schaffen bzw. aufzubauen, setzt voraus, dass man gewisse Ziele hat. Sicherlich kann eines der Ziele sein, dass eine Gesellschaft entsteht, in der alles nur abhängig ist von Initiativen und wirtschaftlichen und finanziellen Interessen. Das ist nicht die Vision der Dinge, wie wir sie haben, weder der Herr Bundeskanzler noch ich.

Der Bundeskanzler und ich bekennen uns zutiefst zu dem, was der Herr Bundeskanzler als das europäische Sozialmodell bezeichnet hat, d. h. zu einem Gleichgewicht zwischen der Effizienz im wirtschaftlichen Bereich, die notwendig ist, aber auch zu der Achtung des Menschen und seiner Würde. Was diesen Punkt anbelangt, stimmen wir vorbehaltlos voll und ganz überein.

Was bedeutet dieses europäische Sozialmodell für uns Franzosen? Für uns Franzosen bedeutet es insbesondere drei Dinge. Es ist unser Sozialversicherungssystem. Es ist unser Recht auf Arbeit, und es ist die Daseinsfürsorge. Dies sind drei vitale Dinge, die zu unserem Gleichgewicht beitragen und die für mich überhaupt nicht zur Disposition stehen.

Während der Arbeit im Konvent habe ich immer für das gekämpft - manchmal unter schwierigen Bedingungen -, was ich unseren sozialen Acquis bezeichne. Manchmal stand ich allein da. Außer dem Bundeskanzler, der mir immer zur Seite gestanden hat, war ich manchmal allein, um unseren sozialen Acquis zu verteidigen. Genauso habe ich, haben wir für die Daseinsfürsorge gekämpft, für die kulturelle Vielfalt.

All dies hängt eng zusammen mit der Würde des Menschen und der Achtung, die wir dem Menschen schulden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man etwas anderes machen könnte. Diese Verfassung, dieser Verfassungsvertrag, hebt natürlich jetzt all dies hervor und unterstreicht in besonderem Maße die soziale Finalität, die allgemeine Sozialklausel. Dies ist einer der großen Fortschritte, die sich aus diesem Verfassungstext ergeben.

Für den europäischen Gewerkschaftsverband, ungefähr 70 verschiedene Gewerkschaften mit vielen Mitgliedern, ist diese Verfassung die Beste, die überhaupt denkbar ist. Sie ist ein entscheidendes Element für die Achtung, die wir für eine gewisse soziale Vision unseres Europas von morgen haben müssen.

Wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, dazu hat Bundeskanzler gesagt: „Dann hätte ich das nicht unterzeichnet.“ Und ich sage Ihnen: Auch ich hätte es nicht unterzeichnet.

Der Bundeskanzler und ich haben unterzeichnet, weil darin eine gewisse Vision des Sozialmodells zum Ausdruck kommt, zu dem wir uns bekennen und auf das ich mich gerade bezogen habe. Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht und kann es mir auch sehr gut vorstellen, dass die Franzosen und Französinnen, die sich dieser sozialen Berufung Frankreichs bewusst sind und sich dazu bekennen, dies verstehen werden und die Bemühungen bestätigen wollen, die unternommen worden sind, indem sie diesem Verfassungstext zustimmen, um den es jetzt hier geht.

Ich weiß nicht, ob Herr Kwasniewski noch etwas zu diesem Punkt hinzufügen möchte.

P KWASNIEWSKI: Ich möchte nur ein Wort von polnischer Seite hinzufügen. Ich bin mit dem einverstanden, was Bundeskanzler Schröder gesagt hat. Europa, wir alle brauchen Frankreich. Wir brauchen Frankreich als ein wichtiges Land, als einen der Architekten der europäischen Konzeption, eines Europa, in dem wir nach dem Zweiten Weltkrieg leben. Wir haben daher großes Interesse an dem französischen Referendum und die Überzeugung, dass die Franzosen am Ende Ja zur europäischen Verfassung sagen werden.

Wir ermutigen auch die polnischen Wähler, ebenfalls diesen Weg zu beschreiten - den Weg der Solidarität, mit dem man sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt.

Europa muss eines der globalen Zentren werden. Wenn Europa nicht dazu bereit sein wird, dann wird es marginalisiert. Es wird ein schöner Kontinent sein, aber eine Art zivilisatorisches Museum. Wir möchten ein lebendiges, aktives Mitglied des Prozesses sein.

Ich möchte mich dem anschließen, was der Bundeskanzler gesagt hat. Wir brauchen Frankreich als einen aktiven Architekten eines Europa des 21. Jahrhunderts.

BK SCHRÖDER: Kurz zu Ihrer Frage: Ich stimme den Prinzipien, die Präsident Chirac genannt hat, inhaltlich voll zu. Ich habe dem wirklich nichts hinzuzufügen. Es sind auch meine Prinzipien, nach denen ich auch den Verfassungstext bewertet habe. Genau wie er bin ich zu der Auffassung gekommen, dass er aus den beiden Gründen, die ich genannt habe, eine geeignete Basis für das weitere Arbeiten in und für Europa ist.

Zudem: Ich habe gerade mit der „Agenda 2010“ eine sehr umfassende Reform der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland entworfen und parlamentarisch durchgesetzt. Das war mit großen Schwierigkeiten verbunden, weil die Menschen bei Veränderungen, die nun einmal notwendig sind, gelegentlich sehr zurückhaltend reagieren, um es freundlich zu sagen.

Diese „Agenda 2010“ verfolgte das einzige Ziel, die sozialen Sicherungssysteme, die wir beide für richtig und notwendig halten, der Würde der Menschen wegen zukunftsfähig zu machen. Die Verfassung bietet einen Boden dafür in ganz Europa. Deswegen ist sie so wichtig, und deswegen darf man sie nie in einen Gegensatz zu Sozialstaatlichkeit bringen, sondern sie ist die Basis für die Erhaltung der Sozialstaatlichkeit, nicht nur im nationalen Maßstab, sondern im europäischen Maßstab.

FRAGE: Meine Frage geht an den Herrn Staatspräsidenten und an den Herrn Bundeskanzler. Sie wissen ja, dass die Europäische Union jetzt damit beginnt, mit Peking über das Textilproblem zu verhandeln und sie bereit ist, weiter zu gehen. Was könnte Ihrer Ansicht nach getan werden, damit dieses Problem gelöst werden kann und die immer enger werdenden Beziehungen zwischen China und der Europäischen Union, die in den letzten Jahren aufgebaut worden sind, nicht weiter beschädigt werden?

P CHIRAC: Es gibt ein echtes Problem in Europa, ein wirkliches Problem. Der bedeutende Anstieg der chinesischen Textilexporte in unsere Länder führt dazu, dass Millionen Arbeitsplätze in Gefahr sind. Somit also können wir dies nicht hinnehmen, ohne etwas zu tun.

Aus diesem Grunde haben wir den Wunsch geäußert, dass die Kommission reagiert und sie mit den chinesischen Stellen in Konsultationen eintritt - ein technischer Begriff -, um zu einer Lösung zu gelangen. Es gilt, ein Gleichgewicht zu finden, das auch unsere Arbeitsplätze schützt, was ja unser besonderes Anliegen ist - dies natürlich im Rahmen der Regeln der Welthandelsorganisation, der WTO.

Die Kommission hat diesen Prozess eingeleitet und hat das gestern für zwei Textilarten beschlossen. Dies ist wichtig. Das reicht noch nicht aus. Unser Wunsch ist es, dass so schnell wie möglich eine Einigung erzielt wird, die auch unsere legitimen Interessen schützt und bewahrt.

Ich hatte vor einigen Tagen in Moskau Gelegenheit, mit dem chinesischen Präsidenten darüber zu sprechen. Ich habe dort Erklärungen gehört, die in den letzten Tagen von chinesischen Stellen gemacht wurden; ich fand sie sehr offen. Ich bin der Ansicht, dass aufgrund des Gesagten eine Debatte entsteht, von der ich hoffe, dass sie so schnell wie möglich zu einem positiven Ende geführt wird.

Ich wiederhole noch einmal: Wir können es nicht hinnehmen, dass die Aktivität einer hohen Anzahl von Arbeitnehmern in unserem Land abgewürgt wird, wenn ich das einmal so sagen darf.

BK SCHRÖDER: Wir haben in Deutschland das Problem in dieser Dimension, wie Frankreich es hat, nicht - ich sollte besser sagen: nicht mehr -, weil die Umstrukturierungsprozesse in der deutschen Textilwirtschaft in den 60er und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts verlaufen sind, und zwar mit den enormen Anpassungsschwierigkeiten, von denen der Präsident gerade berichtet hat.

Deswegen sind wir an der Seite Frankreichs, wenn es darum geht, mit China auf der Basis der WTO-Regeln zu einem vernünftigen Ausgleich zu kommen. Wir unterstützen also die französische Position sowohl bezogen auf das, was die Kommission jetzt vorgenommen hat, als auch auf die Verhandlungen, die sicher geführt werden und geführt werden müssen. Ich gehe fest davon aus, dass wir zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Der Präsident, wie Sie wissen, hat sehr gute Beziehungen zur chinesischen Führung. Das Gleiche gilt für Deutschland. Wir hoffen, dass wir diese sehr guten Beziehungen nutzen können, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, die die Gefahren, von denen der Präsident zu Recht gesprochen hat, nicht aufkommen lässt.

FRAGE: Ich habe eine Frage an Präsident Kwasniewski und an Sie, Herr Chirac, ebenfalls. In den letzten Tagen wurde in Frankreich viel gesagt über die wirtschaftlichen Folgen, die sich aus dem Nein in Frankreich ergeben würden. Was die Investitionen angeht, wären von den Ländern am meisten Polen, die neuen Mitgliedstaaten und die Türkei betroffen. Das heißt, die Deviseneinnahmen würden zurückgehen.

Meine Frage ist: Haben Sie echte Befürchtungen, was dies anbelangt? Haben Sie für den Fall, dass die Umfragen Recht haben und das Nein in Frankreich siegen wird, einen Plan, um die negativen Folgen für Ihre Wirtschaft so gering wie möglich zu halten?

Eine Frage an Sie: Francois Hollande hat gesagt, dass das Nein auch deshalb so stark ausgeprägt ist, weil Sie sich so vehement gegen die Bolkestein-Direktive eingesetzt haben. Die Franzosen hätten dadurch Angst bekommen und würden deshalb mit Nein stimmen. Wie sehen Sie das?

Wenn Sie mit dieser Erklärung nicht einverstanden sind, was wäre dann der Grund für das Nein, so wie es sich aus den letzten Umfragen ergibt?

P KWASNIEWSKI: Ich muss zugeben: Die Situation Polens und der Türkei ist doch wesentlich anders. Polen ist Mitglied der Europäischen Union. Die Türkei hat gerade die Verhandlungen für eine künftige Mitgliedschaft begonnen.

Ich denke mir, die Situation, in der sich unsere Länder befinden, wäre eine völlig andere nach einem eventuell negativen Referendum in Frankreich. Wenn wir in Polen befürchten, dass es ein negatives Ergebnis sein könnte, dann hat das zwei Gründe.

Erstens. Europa braucht die Zusammenarbeit. Europa braucht Frankreich. Europa braucht diese Verfassung in dieser Entwicklungsphase, in der sie sich nach der Erweiterung um weitere zehn Mitglieder befindet. Es würde uns mit Besorgnis erfüllen; es würden mit Sicherheit einige Prozesse langsamer verlaufen.

Ein zweites Problem ist die direkte Auswirkung auf das polnische Referendum. Frankreich war für Polen immer sehr wichtig. Die europäische Verfassung wird in Polen sozusagen als französisches Kind gesehen, weil sie aus vielen französischen Initiativen hervorgegangen ist, letzten Endes mit dem Ergebnis des Konvents, der von Giscard d'Estaing geleitet wurde. Ich denke, eine negative Konsequenz wäre den Polen schwer zu erklären, der polnischen Öffentlichkeit schwer zu vermitteln. Es könnte ein geringeres Interesse an dem Referendum in Polen und auch ein Ansteigen der Euro-Skepsis bewirken.

Aber ich habe schon gesagt: Ich glaube fest daran, dass am 29. Mai Frankreich nicht nur Ja zur europäischen Verfassung sagt, sondern auch Ja zu unserem künftigen Europa, weil es letzten Endes darum geht. Es geht darum, wie wir weiter vorgehen wollen, wie wir ein solidarisches, zukünftiges Europa gestalten wollen.

Das betrifft nicht den einen oder anderen Paragraphen dieser Verfassung, der einem gefallen oder nicht gefallen kann. Polen hat bis zum Schluss seine Anmerkungen gebracht. Ein Teil wurde berücksichtigt, ein anderer Teil nicht. Ich engagiere mich sehr für diese europäische Verfassung. Sie entspricht dem bisher in Europa Erreichten, und sie ist ein gutes Fundament für das, was Europa bevorsteht. Wir zählen darauf, dass es in Frankreich ein „oui“ zu dem Referendum geben wird.

P CHIRAC: Was die Bolkestein-Direktive anbelangt, möchte ich das aufgreifen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, was den freien Personenverkehr anbelangt, der ja vom Grundsatz her notwendig ist.

Was die Waren anbelangt: Waren sind Gegenstände. Was Dienstleistungen anbelangt, so werden sie von Menschen erbracht, von Männern und Frauen. Dies ist natürlich etwas ganz anderes. Man kann das nicht wie Waren behandeln. Deshalb haben wir zwischen Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Position zu diesem Thema eingenommen. Im Übrigen hat die Mehrheit des Rates dem auch zugestimmt. Zugestimmt hat dieser Haltung auch die Mehrheit des europäischen Parlaments.

Ich erinnere noch einmal daran, dass in unseren Institutionen die Kommission Vorschläge macht und das Parlament und der Rat entscheiden. Ich möchte damit nur sagen: Die Bolkestein-Richtlinie gibt es nicht mehr. Heute wird sie nur noch genutzt, wenn man diese These ins Feld führen und diese und jene verteidigen möchte. Es ist eine Art Vogelscheuche, die man hinstellt. Sie hat praktisch aufgrund der Position des Parlaments und auch aufgrund der Mehrheit im Rat, die sich gegen sie ausgesprochen hat, überhaupt keine Chance, so durchgesetzt zu werden. Deshalb sollte man hier keine weiteren Vogelscheuchen herausziehen, die überhaupt keinen Sinn ergeben.

BK SCHRÖDER: Die Frage nach dem Plan B halte ich für rein theoretisch. Wenn man für etwas kämpft, dann will man es erreichen. Sonst muss man ja nicht kämpfen. Wir kämpfen für ein Ja zur Verfassung. Also machen wir uns nicht Gedanken darüber, was denn sein könnte, wenn nicht, sondern wir machen uns Gedanken darüber, was wir denn tun können, damit ein Ja möglich wird. Das ist das Eine.

Das Zweite. Bei diesem berühmten Plan B wird ja immer darüber nachgedacht, ob es eine Chance gäbe, die Verfassung ganz oder in Teilen neu zu verhandeln. Ich will sehr klar sagen: Das ist pure Illusion. Es gibt nicht die Spur einer Chance, den Verfassungsprozess wieder aufzumachen. Das ist Einigkeit bei allen, die daran beteiligt sind. Deswegen ist das schöne Bild von der Vogelscheuche, die da hoch gehalten wird, wirklich richtig.

Wir bekommen entweder diese Verfassung, die der beste denkbare Kompromiss ist, oder wir werden uns mit weniger ohne eine Verfassung begnügen müssen, was nicht so gut wäre. Alles Andere sind Illusionen, und die sollte man sich in der Politik besser nicht machen.

FRAGE: Herr Chirac, sehr oft unterstreichen Sie die Notwendigkeit, Erinnerung aufrecht zu erhalten. Es gibt offizielle Reden, in denen die historische Vergangenheit manipuliert wird. Warum wird darüber nicht geredet?

Herr Schröder, wann wird Deutschland offiziell der Sieg des 8. Mai vor dem Brandenburger Tor in Berlin feiern?

Herr Kwasniewski, hat Polen die Absicht, in Den Haag in Bezug auf Katyn zu klagen, weil alles, was man bisher gegenüber Russland getan hat, versagt hat?

P CHIRAC: Ich bekenne mich dazu, dass man sich erinnern muss. Denn sich zu erinnern heißt, einem Volk seine Seele zu verleihen. Ich bekenne mich auch sehr zum Frieden und dazu, den Frieden in der Welt mehr zu verwurzeln. Deshalb bin ich ü-

berhaupt nicht dafür, die Zukunft zu beurteilen, indem ich immer nur in den Rückspiegel schaue. Es geht hier um ein Gleichgewicht, das angestrebt werden muss.

BK SCHRÖDER: Wir haben am 8. Mai keinen Sieg zu feiern. Da scheinen Sie historisch etwas missverstanden zu haben. Der 8. Mai ist für Deutschland und Europa ein Tag der Befreiung vom Faschismus, und zwar in Sonderheit vom deutschen Faschismus. Das haben wir deutlich gemacht, dass das so ist - hier in Frankreich gemeinsam mit Präsident Chirac in Caen. Das habe ich deutlich gemacht gemeinsam mit Präsident Kwasniewski bei den Feierlichkeiten zum Jahrestag des Warschauer Aufstandes. Und das habe ich jetzt deutlich gemacht gemeinsam mit Präsident Putin beim 60. Jahrestag zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Das ist die Position, die ich dazu habe. Diese kennt jeder in Europa und über Europa hinaus. Darüber hinaus pflegt Deutschland, was die Erinnerung angeht, seine eigene Erinnerungskultur. Sie ist, was die Zukunftsfähigkeit des Landes angeht, identisch mit dem, was Präsident Chirac eben gesagt hat.

Jenseits dessen wird sich jedes Land mit Bezug auf die Frage des Sich-Erinnerns um seine eigene Erinnerungskultur bemühen müssen und über dieses Erinnern ein Stück seiner eigenen Identität finden müssen. Ratschläge, zumal von außen, sind da häufig nicht sehr hilfreich. Das jedenfalls ist meine Erfahrung.

P KWASNIEWSKI: Wenn es um das Verbrechen von Katyn geht, so hat die polnische Justiz, die Generalstaatsanwaltschaft, einen Antrag des Instituts für nationales Gedenken im Hinblick auf den Völkermord aufgegriffen, der dort in Katyn stattgefunden hat. Polen möchte alle Dokumente von Russland bekommen. Im Oktober vergangenen Jahres hatte Präsident Putin dieses in Aussicht gestellt. Ich denke, dass das heute eher symbolischen als rechtlichen Charakter hat angesichts der Zeit, die seit diesen Ereignissen vergangen ist.

Es ist verständlich, dass man nicht von direkten Tätern oder Teilnehmern an diesem Verbrechen sprechen kann. Ich möchte auch noch darüber informieren, dass wir uns weiterhin um die Identifikation der Orte bemühen, an denen noch Zigtausende von polnischen Intellektuellen und Offizieren liegen.

Und die letzte Anmerkung: Natürlich muss jedes Land seine Erinnerungskultur selbst gestalten. Da bin ich mit meinen Kollegen einverstanden. Aber oft betreffen diese Ereignisse nicht nur ein Volk. Sie betreffen viele Völker. Sie betreffen die Beziehungen zwischen den Staaten. Deswegen ist es gut, wenn man die Erfahrungen anderer Länder beachtet und sich z. B. das ansieht, was zwischen Frankreich und Deutschland oder zwischen Deutschland und Polen in den letzten Jahren gelungen ist. Das sind gute Beispiele.

Bei entsprechender Anstrengung der Politiker, Publizisten, Lehrer, Professoren, Intellektuellen, aber vor allem der normalen Menschen, ist es möglich, viele schwierige Belastungen aus der Vergangenheit zu überwinden. Wir müssen gegen Klischees kämpfen, die oft viel Zerstörung bringen. Diese Kultur der Erinnerung, von der der Bundeskanzler und Staatspräsident Chirac gesprochen haben, (müssen auch) das (betreffen), was wir in unseren Beziehungen zur Ukraine und zu Russland erreicht haben. Ich denke, viele Konflikte finden bis heute in der Welt statt. Es ist möglich - es braucht aber Anstrengung -, eine Erinnerungskultur zu gestalten.

P CHIRAC: Ich möchte zum Schluss auf einen Punkt zurückkommen, den der Herr Bundeskanzler eben angesprochen hat, was manche den Plan B nennen. Gestatten Sie mir kurz einige Bemerkungen dazu, weil ich wirklich von dem Mangel an Realitätssinn beeindruckt bin, den diejenigen an den Tag legen, die diese Hypothese immer wieder ins Feld führen.

Zunächst einmal möchte ich bemerken, dass praktisch alle Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, insbesondere die, die uns am nächsten stehen – in diesem Fall geographisch gesehen –, so klar wie möglich zum Ausdruck gebracht haben, dass es überhaupt nicht in Frage kommt, neu zu verhandeln. Es gibt natürlich überhaupt keinen Plan B. Man zieht so etwas überhaupt nicht in Betracht, weder vom rechtlichen noch vom politischen Standpunkt her gesehen.

Ich möchte hinzufügen, dass es 1 ½ Jahre Debatten im Konvent zwischen Persönlichkeiten gegeben hat, die genauso gut die linke wie die bürgerliche Seite und die Rechten vertreten haben, und man nach diesen 1 ½ Jahren zu einem Ergebnis gelangt ist, das praktisch einstimmig von diesem Konvent gebilligt worden ist.

Wie sollte man sich da noch vorstellen, nachdem 25 Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat viele Stunden, Tage, Wochen und Monate damit verbracht haben, alle Details dieser europäischen Integration immer wieder ins Feld zu führen - wobei jeder natürlich so weit, wie es ihm möglich war, gegangen ist, und jeder natürlich Opfer hat bringen müssen -, (dass es dann möglich wäre, neu zu verhandeln)?

Wenn man das mit dem (vergleicht), was eigentlich die Wünsche waren (und man sich bewusst macht, dass man) an die Grenzen dessen gegangen ist, was die Öffentlichkeit noch hinnehmen konnte, wie kann sich da auch nur eine Sekunde lang vorstellen, dass, weil Frankreich Nein gesagt haben könnte, unsere Partner jetzt planen „Okay, gut, fangen wir an, neu zu verhandeln“?

Um dies zu glauben, muss man wirklich ein Ignorant sein, was das Funktionieren der Europäischen Union anbelangt. Man muss überhaupt nicht wissen, was Diplomatie heißt, oder man hat wirklich die Absicht, die Franzosen zu täuschen, wenn man solche Behauptungen aufstellt. Nein, es wird natürlich überhaupt keine Neuverhandlungen geben.

Im Übrigen: Auf welcher Basis überhaupt? Auf der Basis dessen, was der Front Nationale oder die französische kommunistische Partei bei uns vorschlägt? Oder soll es ein Cocktail zwischen beiden sein? – Das frage ich Sie wirklich.

Man kann Ja oder Nein sagen, sicherlich. Man kann für oder gegen Europa sein. Aber man kann nicht sagen: Wir werden neu verhandeln. Es wird nicht neu verhandelt werden, weil es niemanden gibt, mit dem wir neu verhandeln könnten. - Mir lag daran, dies noch einmal klar und offen hier zum Ausdruck zu bringen.

(Ende: 13.25 Uhr)